

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

27. Juli 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Die Lage ist unverändert. Es kommt weiterhin zu Kämpfen zwischen Aufständischen und Sicherheitskräften.

Dabei werden immer wieder Zivilisten getroffen. So starben am 21.07.15 drei Kinder in der nordöstlichen Provinz Kunduz durch Mörserbeschuss. In der Provinz Logar (Zentrum) wurden am 22.07.15 mehrere Zivilisten bei einer Minenexplosion getötet und verletzt. Am 24.07.15 starben vier Kinder bei einer Minenexplosion in Ghor (Westen). In Zabul (Süden) wurde am 25.07.15 ein Zivilist bei Kämpfen getötet.

Die Provinz Faryab (Norden) ist weiterhin heftig umkämpft, insbesondere der Distrikt Almar (vgl. BN v. 20.07.15). Am 22.07.15 wurde ein Selbstmordanschlag auf einen Markt im Distrikt Almar verübt, bei dem mindestens 20 Menschen getötet und 34 verletzt wurden.

In der nordöstlichen Provinz Badakhshan kam es am 22.07.15 bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Clans zu mehreren Toten. In Baghlan (Nordosten) haben Taliban am 23.07.15 die Kontrolle über Teile des Distrikts Baghlan-i-Markazi übernommen. Am 25.07.15 wurden in Logar (Zentrum) bei gewalttätigen Landstreitigkeiten zwischen nomadischen Kuchis und Dorfbewohnern mindestens sechs Menschen verletzt. In Zabul (Süden) und Nangarhar (Osten) kam es zu heftigen Kämpfen zwischen Taliban und Anhängern des Islamischen Staates (IS). Am 26.07.15 eroberten Taliban einen Polizeistützpunkt in Badakhshan (Norden). Der örtliche Polizeikommandeur soll sich den Taliban angeschlossen haben. Am 27.07.15 fiel ein Teil des Distrikts Kohistanat in der nördlichen Provinz Sur-i-Pul in die Hände der Taliban nachdem ein Führer der Afghan Local Police mit seinen Leuten zu den Taliban übergelaufen war.

Weitere Kämpfe gab es in Ghazni (Südosten), Balkh (Norden), Helmand (Süden) und Herat (Westen).

Auch Repräsentanten des Staates und (vermeintliche) Gegner der Taliban werden weiterhin Opfer gezielter Angriffe. So wurde am 21.07.15 ein Mitglied des Hohen Friedensrates aus der Provinz Maidan Wardak im Distrikt Paghman (Provinz Kabul) von Unbekannten erschossen. In Uruzgan (Süden) wurde am 22.07.15 ein Stammesältester von Taliban entführt und erhängt. In Nangarhar (Osten) starb am 25.07.15 ein Polizist bei einem Bombenanschlag, sechs weitere wurden verletzt. In Logar (Zentrum) wurde am 25.07.15 ein Anschlag auf den Verwaltungschef eines Distrikts verübt. In Kunar (Osten) wurde ein ehemaliger Vorsitzender des Provinzrates ermordet.

Irak

Zahlreiche Opfer bei Anschlägen

Bei zwei Selbstmordanschlägen des IS auf irakische Regierungskräfte wurden am 24.07.15 in der Provinz Anbar mindestens 23 Menschen getötet, 21 davon waren Soldaten der Armee und Kämpfer schiitischer Milizen, 24 Personen wurden verletzt. Die Attentäter sollen sich mit Fahrzeugen in zwei Kasernen in der Nähe des Ortes Tharthar nordöstlich der Stadt Falluja in die Luft gesprengt haben.

Bei einem Selbstmordanschlag auf ein Freibad in der Stadt Tuz Khurmatu etwa 175 Kilometer nördlich von Bagdad kamen am 24.07.15 mindestens zwölf Menschen ums Leben. Ein zweiter Attentäter soll sich anschließend mit seinem Motorrad am Ausgang des Bades in die Luft gesprengt haben, als Rettungskräfte

Verletzte in Sicherheit bringen wollten. Bei dieser Explosion sollen mindestens 45 Menschen verletzt worden sein. Zu dem Anschlag bekannte sich zunächst niemand.

Bei Bombenanschlägen in Bagdad kamen am 22.07.15 mindestens 21 Menschen ums Leben, 16 von ihnen bei einem Autobombenanschlag in einem mehrheitlich schiitischen Viertel, fünf weitere Menschen bei einem Angriff auf eine Straßensperre am Zugang zum Viertel Al-Shaab. Nach Berichten von Polizei und dem Innenministerium hätten sich zwei Selbstmordattentäter in die Luft gesprengt. Dutzende erlitten zudem Verletzungen bei einem Anschlag auf eine Geschäftsstraße im Viertel Bajaa.

Türkei

Schwerer Anschlag

Bei einem Selbstmordanschlag am 20.07.15 in Suruc an der Grenze zu Syrien starben mindestens 32 Menschen, überwiegend Jugendliche, über hundert wurden verletzt. Bisher hat sich noch niemand zu dem Anschlag bekannt, doch die türkische Regierung macht den IS verantwortlich. Nach Medienberichten soll ein 20-jähriger Türke aus der Provinz Adiyaman einen Sprengsatz inmitten der jungen Leute gezündet haben. Der Attentäter soll im vergangenen Jahr illegal nach Syrien gereist sein.

Die Opfer kamen aus Istanbul, Izmir und Adana und waren Anhänger einer sozialistischen Organisation (SGDF). Sie wollten nach Syrien reisen, um beim Wiederaufbau von Kobane zu helfen. Der Ort des Anschlags, das Amara-Kulturzentrum, wird von der kurdischen Stadtverwaltung betrieben und war im September 2015 eine Anlaufstelle für Tausende Flüchtlinge, die vor den Kämpfen im nahe gelegenen syrischen Kobane nach Suruc flohen.

Demonstrationen

In Istanbul, Ankara und anderen Städten gingen am Abend nach dem Anschlag tausende prokurdische Demonstranten auf die Straßen, um der Regierung Untätigkeit vorzuwerfen. Sie warfen der Regierung zudem vor, sie sei mitverantwortlich für den Anschlag, da sie den IS im Kampf gegen die Kurden in Syrien unterstützt habe. Sicherheitskräfte gingen mit Tränengas und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor und lösten die Kundgebungen auf. Auch in den darauf folgenden Nächten kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten. Dabei wurden am 22.07.15 mindestens elf Menschen festgenommen. In mehreren Vierteln in Istanbul, in Ankara und in überwiegend von Kurden bewohnten Städten im Südosten kam es zu teilweise gewaltsamen Demonstrationen.

Kämpfe mit der PKK

Nach Medienberichten wurden am 22.07.15 in der Stadt Ceylanpinar an der Grenze zu Syrien zwei Polizisten getötet. Die beiden Männer, die zur Bereitschaftspolizei gehörten, sollen mit Schusswunden am Kopf in ihrer Wohnung gefunden worden sein. Die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK bekannte sich zu den Morden und erklärte, es handle es sich um eine Vergeltung für den Anschlag in Suruc, da die Polizisten mit dem IS kooperiert hätten. Am 24.07.15 griffen türkische Kampfflugzeuge PKK-Stellungen im Nordirak an. Die Angriffe wurden auch am nächsten Tag fortgesetzt. Der bisher schon brüchige Waffenstillstand mit der PKK wurde damit faktisch beendet. Am 25.07.15 sprengte in der Stadt Diyarbakir eine Autobombe einen Armeetransporter in die Luft, dabei kamen zwei Soldaten ums Leben. Es gab zudem einen Angriff auf die Polizeistation in der Stadt. Beide Aktionen werden der PKK zugeschrieben. Zuvor war es bereits in mehreren Städten zu Protesten und gewalttätigen Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften gekommen.

Angriff auf IS-Stellungen

In der Nacht vom 23.07.15 bombardierte die türkische Luftwaffe erstmals IS-Ziele in Syrien. Laut offiziellen türkischen Angaben richteten sich die Angriffe gegen drei Stellungen in der Nähe des Dorfes Havar nahe der türkischen Grenzstadt Kilis.

Am 23.07.15 sollen IS-Kämpfer von Syrien aus auf einen türkischen Armeeposten in Kilis gefeuert und dabei einen Soldaten getötet haben. Daraufhin habe das Militär den Beschuss erwidert.

Am Abend des 23.07.15 gestattete Ankara zudem erstmals der US-Armee, die türkische Luftwaffenbasis Incirlik für Angriffe auf den IS zu nutzen. Bisher hatte sich die Türkei nicht direkt an der Militäroperation gegen den IS beteiligt.

Razzien

Nach Angaben der türkischen Regierung wurden seit dem 24.07.15 über 800 Terrorverdächtige im ganzen Land festgenommen. Bei zeitgleichen Razzien in mehr als 20 Provinzen sei sowohl gegen Sympathisanten des IS als auch gegen die linksextreme DHKP-C und die PKK vorgegangen worden. Eine Anhängerin der Gruppe soll dabei während eines Schusswechsels in Istanbul um Leben gekommen sein. Bei Protesten gegen ihren Tod im Istanbuler Stadtteil Gazi kam es am Wochenende zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften.

Syrien

Assads Armee leidet unter Personalmangel / Assad erlässt Generalamnestie

Nach Angaben des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad vom 26.07.15 gibt die syrische Armee wegen fehlender Soldaten Gebiete in Syrien zugunsten strategisch wichtiger Positionen auf. Assads Truppen verloren in der letzten Zeit den Großteil der nordwestlichen Provinz Idlib und Gebiete an der Südgrenze Syriens. Die Armee sei jedoch nach wie vor „schlagkräftig“. Assad sagte, die Rebellengruppen bekämen mehr Unterstützung aus dem Ausland (gemeint waren damit Saudi-Arabien und die Türkei). Bereits am 25.07.15 erließ Assad eine Generalamnestie für Armee-Deserteure und Wehrdienstverweigerer. Ins Ausland geflohene Soldaten sollen sich innerhalb von zwei Monaten, in Syrien aufhältige Deserteure innerhalb von einem Monat melden, um von der Amnestie profitieren zu können. Eine Frist für Wehrdienstverweigerer wurde nicht genannt. Die Amnestie gilt nicht für Soldaten, die an Kämpfen gegen die Regierung teilgenommen oder „Blut an den Händen“ hätten. Seit Beginn des Konflikts in Syrien im März 2011 sollen mehr als 80.000 Soldaten und Angehörige verbündeter Milizen getötet worden sein. Aufgrund der hohen Opferzahlen wollen selbst regierungstreue Syrer keinen Militärdienst ableisten; nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte sollen sich 70.000 Syrer dem Dienst entzogen haben.

Iran

Iran steigert Zahl der Exekutionen deutlich

Zwischen dem 01.01.15 und dem 15.07.15 wurden laut Amnesty International in der Islamischen Republik landesweit 693 Menschen hingerichtet. Damit könnte die bereits extrem hohe Zahl von mindestens 743 Hinrichtungen im Jahre 2014 übertroffen werden. Selbst während des islamischen Fastenmonats Ramadan seien vier Menschen exekutiert worden. Die Organisation beklagte, dass die Todesurteile von Gerichten gefällt würden, die weder unabhängig noch unparteiisch seien. Die Gründe für den Anstieg der Hinrichtungszahl seien unklar. Die meisten Verurteilten wurden wegen Drogendelikten hingerichtet. Laut Kritikern werden allerdings Oppositionelle oft wegen angeblicher Drogenverbrechen verurteilt, um sie zum Schweigen zu bringen.

Nationale Minderheiten

Präsident Rohani besucht seit dem 26.07.15 Sanandaj, die Hauptstadt der iranischen Provinz Kordestān. Auf dem Programm stehen Treffen mit Bürgern, Geistlichen und Kriegsinvaliden, die Teilnahme an der „Konferenz Entwicklung und Investition“, an einer Sitzung der Kriegsinvaliden sowie des Verwaltungsrates der Provinz.

Iran/Jemen

Angriffe auf Zivilisten

Laut jemenitischen Quellen haben schwere Luftangriffe Saudi-Arabiens am 25.07.15 in der Provinz Taiz mindestens 70 Tote und Dutzende Verletzte gefordert. Die meisten Opfer waren Kinder und Frauen. Irans Außenamtssprecherin Marzieh Afkham hat die Luftangriffe Saudi-Arabiens auf Wohngebiete im Süden Jemens verurteilt. Bei diesen Angriffen wurden 130 Menschen getötet oder verwundet. Afkham erklärte, die Angriffe Saudi-Arabiens widersprächen allen internationalen Menschenrechtsgesetzen und Normen. Von internationalen Gremien werde erwartet, unverzüglich Maßnahmen zur Einstellung dieser Angriffe zu ergreifen. Sie rief zudem die UN auf, alles Mögliche zum Schutz und zur Sicherheit der Zivilisten und

besonders der Kinder im Jemen zu unternehmen. Die Fortführung dieser Angriffe und die Abriegelung des Landes würden keine andere Folge als die Stärkung des Extremismus und eine erhöhte Aktivität verschiedener Terrorgruppen wie der al-Qaida haben.

Offenbar Waffenruhe im Jemen in Kraft

Im Jemen hat eine vom Militärbündnis unter Saudi-Arabiens Führung angekündigte Waffenruhe begonnen. Bis zum Abend des 31.07.15 will die Koalition auf Luftangriffe gegen die Houthi-Rebellen verzichten. Beobachter sehen darin den Versuch des Militärbündnisses, von seinen Bombardements mit mindestens 141 Toten abzulenken. Indes starteten die Houthis laut Augenzeugen am 27.07.15 einen neuen Angriff im Süden des Landes. In der Hauptstadt Sanaa sowie im Norden und Zentrum des Landes scheint die Feuerpause zu halten. Uno-Generalsekretär Ban Ki-moon rief zur Einhaltung der Waffenruhe auf. Die Houthis erklärten, dass sie nicht zu der Waffenruhe konsultiert worden seien.

Ägypten

Anschläge auf dem Sinai

Am 26.07.15 wurden nahe der Stadt al-Arisch im Norden der Sinai-Halbinsel 18 Polizisten verletzt, als ihr Bus mit einer ferngezündeten Bombe angegriffen wurde.

Vier Soldaten starben am 23.07.15 nahe der Stadt Rafah bei der Detonation eines Sprengsatzes. Zu dem Anschlag bekannte sich der ägyptische Ableger des IS.

Tunesien

Anti-Terror-Gesetze

Als Reaktion auf den terroristischen Anschlag in Sousse im Juni 2015 (vgl. BN v. 29.06.15) verabschiedete das tunesische Parlament am 24.07.15 neue Anti-Terror-Gesetze. Die Gesetze beinhalten u.a. erweiterte Befugnisse für die Sicherheitskräfte bei der Überwachung von Terrorverdächtigen sowie eine Haftstrafe für den Aufruf zur Unterstützung terroristischer Aktivitäten. Zudem sehen sie die Todesstrafe für terroristische Taten vor. Menschenrechtsorganisationen (Amnesty International, Human Rights Watch) kritisieren das neue Gesetz: Terroristische Straftaten seien unzureichend definiert und die Rechte von Verdächtigen seien nicht ausreichend geschützt. Verdächtige könnten bis zu 15 Tage (bisher sechs Tage) ohne richterlichen Beschluss und ohne Zugang zu einem Rechtsanwalt festgehalten werden. Zudem würden die Grundrechte der Bürger untergraben, insbesondere die Meinungs- und Pressefreiheit.

Seit 1992 hat Tunesien keine Todesstrafe mehr vollstreckt.

Libyen

Ethnische Unruhen

Bei ethnischen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der Tuareg und Toubou wurden in der Oasenstadt Sabha (750 Kilometer südlich von Tripolis) vom 17.07.15 bis 21.07.15 mindestens 37 Menschen getötet und dutzende Menschen verletzt. In der größten südlichen Stadt kam es zuletzt wiederholt zu Konflikten zwischen den beiden Volksgruppen. Die Regionalregierung rief die Armee zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung auf.

Burundi

Nkurunziza gewinnt Präsidentschaftswahl

Staatschef Pierre Nkurunziza hat die Präsidentschaftswahl deutlich für sich entschieden. Wie die Wahlkommission mitteilte, entfielen 69 Prozent der Stimmen auf den Amtsinhaber. Damit steht der 51-Jährige, der bereits seit 2005 an der Macht ist, vor seiner dritten Amtszeit, obwohl die Verfassung nur zwei vorsieht. Aus Protest gegen Nkurunziza hatte die Opposition die Abstimmung boykottiert. Die Wahlbeobachter-Mission der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) teilte mit, „die Prinzipien und

Voraussetzungen, um freie, transparente und glaubhafte Wahlen abzuhalten“, seien nicht gegeben gewesen. Die Wahlbeteiligung soll bei über 73 Prozent gelegen haben.

Kurz vor Wahlbeginn war es in der Hauptstadt Bujumbura zu Ausschreitungen gekommen, in deren Folge nach Polizeiangaben drei Menschen starben. Augenzeugen berichteten von Explosionen und Granateneinschlägen. Bereits seit Ende April war es immer wieder zu blutigen Protesten wütender Regierungsgegner gekommen. Die Wahl musste deshalb mehrmals verschoben werden. Mitte Mai scheiterten Teile der Armee mit einem Putsch gegen den Präsidenten. Über 80 Menschen sind seit Ausbruch der Unruhen gestorben, etwa 170.000 sind in die Nachbarländer geflohen. Beobachter befürchten, dass die Lage weiter eskalieren könnte.

Somalia

Mehrere Anschläge in Mogadischu

Bei einem Anschlag mit einer Autobombe auf das bei Diplomaten, Vertretern von Hilfsorganisationen und Regierungsangehörigen beliebte Jazeera Palace Hotel in Mogadischu kamen am 26.07.15 mindestens zwölf Menschen ums Leben. Zu dem Terrorakt bekannte sich die al-Shabaab. Am 25.07.15 wurden bei zwei Anschlägen in Mogadischu ein Abgeordneter und ein Regierungsvertreter von vorbeifahrenden Fahrzeugen aus erschossen. Dabei starben vier weitere Personen, bei denen es sich um Zivilisten und Polizisten gehandelt haben soll.

Al-Shabaab verliert Baardheere

Einheiten der somalischen Regierung und der AMISOM nahmen am 22.07.15 die südwestsomalische Stadt Baardheere (Region Bay) ein. Am 23.07.15 wurde die al-Shabaab aus der nahe gelegenen Kleinstadt Diinsoor vertrieben.

AU-Soldaten sollen Zivilisten getötet haben

AMISOM-Soldaten sollen am 21.07.15 in der südsomalischen Hafenstadt Merka als Vergeltung für einen Granatenangriff auf einen ihrer Lastkraftwagen mindestens acht Zivilisten willkürlich erschossen haben. Die Führung der AMISOM bestreitet die Vorwürfe. Bei den Toten soll es sich ausschließlich um Kämpfer der al-Shabaab gehandelt haben.

Südsudan

Human Rights Watch (HRW) wirft Regierung Verbrechen vor

Ein Bericht von HRW wirft der südsudanesischen Regierung und der mit ihr verbündeten Miliz des Volksstamms der Bul Nuer vor, zwischen April und Juni 2015 bei der Offensive zur Rückeroberung des Bundesstaates Unity u. a. willkürlich Zivilisten getötet und Vergewaltigungen begangen zu haben. HRW dokumentiert 60 Fälle, die jedoch nur einen Bruchteil aller verübten Verbrechen darstellen.

Nigeria

Viele Tote bei Angriffen und Selbstmordanschlägen der Boko Haram

Am 26.07.15 sprengte sich eine etwa zehn Jahre alte Selbstmordattentäterin bei der Eingangskontrolle zu einem belebten Markt in der Stadt Damaturu, Hauptstadt des Bundesstaates Yobe, in die Luft. Hierbei wurden mindestens 19 Menschen getötet und 47 verletzt. Erst am 20.07.15 hatte ein Attentäter im Außenbereich der Stadt einen Sprengsatz bei einer Kontrollstelle gezündet und hierdurch drei Polizisten getötet.

Am 24.07.15 attackierten Kämpfer der Boko Haram im nordöstlichen Bundesstaat Borno die in der Nähe des Sambisa-Waldes gelegenen Dörfer Kopa, Maikadire und Yaffa. Sie töteten mindestens 25 Einwohner.

Am 22.07.15 sprengte sich ein/e Selbstmordattentäter/in in der Stadt Gombe, Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates, bei einer Moschee am Dadin Kowa Parkplatz in die Luft. Kurz darauf ereigneten sich zwei weitere Explosionen beim Eingang zum Duku-Busbahnhof. Bei den Anschlägen starben 37 Menschen; 105 erlitten Verletzungen.

Die Anschläge werden der Terrororganisation Boko Haram zugeschrieben.

Kamerun

Mehrere Selbstmordanschläge in Maroua

Am Abend des 25.07.15 sprengte sich ein 13-jähriges Mädchen im Stadtviertel Pont Vert der Stadt Maroua, Hauptstadt der nördlichen Region Extrême-Nord, vor einer Bar in die Luft. 20 Menschen wurden getötet, etwa 80 verletzt.

Nur drei Tage vorher (22.07.15) hatten sich zwei Mädchen in Maroua auf dem Zentralmarkt der Stadt und in einem benachbarten Viertel in die Luft gesprengt. Hierbei waren mindestens 13 Menschen getötet und 32 verletzt worden.

Die Anschläge werden der Terrororganisation Boko Haram zugeschrieben.

Schließung von Moscheen und islamischen Schulen

Am 26.07.15 ordnete der Gouverneur der Region Extrême-Nord in Reaktion auf die von jungen Mädchen ausgeführten Selbstmordanschlägen die Schließung von Moscheen und islamischen Schulen an. Ferner wurde das Betteln von Kindern auf den Straßen verboten.

Ukraine

Wahl im nordukrainischen Tschernihiw

Im nordukrainischen Tschernihiw hat am 26.07.15 eine Nachwahl für ein Parlamentsmandat begonnen. Unter den insgesamt 91 Bewerbern gelten der 31-jährige Sergej Beresenko von der Präsidentenpartei Petro-Poroschenko-Block und der 45-jährige Millionär Gennadi Korban als Favoriten. Die Wahl wurde notwendig, nachdem der bisherige Abgeordnete Waleri Kulitsch Ende März zum Gouverneur des Gebiets Tschernihiw ernannt worden war. Den Kandidaten werden grobe Verletzungen demokratischer Standards vorgeworfen. Am Vortag der Nachwahl wurden in einem Auto Kopien der Stempel der Wahlkommissionen entdeckt, in einem anderen Fahrzeug wurden Umschläge mit Geld, Wählerlisten und Waffen gefunden und beschlagnahmt. Einige der Bewerber hatten mit Lebensmittelpaketen, Konzertkarten und Ferienlageraufenthalten für Kinder um die Wählergunst geworben.

Neuer Gouverneur für Separatistengebiet Luhansk

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko ernannte am 22.07.15 den 51-jährigen Georgi Tuka zum Gouverneur des von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebiets Luhansk. Tuka, der zuletzt vor allem gegen den Schmuggel in die Separatistengebiete vorging, wird die abtrünnige Region von der Stadt Sewerodonezk aus führen, die unter Kontrolle der ukrainischen Regierungstruppen steht. Tuka ersetzt den als Hardliner geltenden bisherigen Gebietschef Gennadi Moskal, der nach einer Schießerei mit mehreren Toten im Transkarpatengebiet im Westen des Landes die dortige Verwaltung leiten und für Ordnung sorgen soll.

Ukraine unterzeichnet Abkommen für entmilitarisierte Zone

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko stimmte der Schaffung einer 30 Kilometer breiten entmilitarisierten Zone im Kriegsgebiet Donbass zu. Aus dieser Pufferzone sollen alle Panzer sowie Artillerie abgezogen werden.

Gemeinsames Manöver

Die ukrainische Armee startete am 20.07.15 ein Großmanöver mit umfangreicher US-Beteiligung im Westen des Landes. An der knapp zweiwöchigen Übung mit dem Namen „Rapid Trident“ nahe der Grenze zu Polen nehmen etwa 1.800 Soldaten aus 18 Staaten teil, darunter auch aus Deutschland. Die Übung soll eine breite Unterstützung für die Ukraine in ihrem Bemühen um Freiheit und Souveränität zeigen und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit unter Beweis stellen. Die russische Regierung kritisierte das Manöver in der Westukraine am Montag scharf. Dies könne den Fortschritt im Friedensprozess zerstören sowie explosive Folgen haben.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Sicherheitskräfte töten sechs Extremisten in Kabardino-Balkarien

Russische Sicherheitskräfte haben in der Nacht zum 23.07.15 bei einem Antiterror-Einsatz im Nordkaukasus sechs bewaffnete Extremisten aufgespürt und bei einem Schusswechsel getötet. Unter den Zivilisten und beim Militär habe es keine Opfer gegeben.

Wie das Anti-Terror-Komitee mitteilte, hatten sich die Verdächtigen in einem Hochhaus in Naltschik, der Hauptstadt der russischen Nordkaukasus-Republik Kabardino-Balkarien, in einer Wohnung verschanzt und gegen die Sicherheitskräfte Maschinenpistolen und Granaten eingesetzt. Nach dem Zusammenstoß hatten Sprengstoffexperten in der betreffenden Wohnung zahlreiche Schusswaffen und Munition sowie Sprengstoff sichergestellt. Darüber hinaus wurde ein Labor zur Herstellung von Bomben entdeckt. Laut Behördenangaben gehörten die sechs getöteten Männer zu einer internationalen Islamisten-Organisation, die in den Jahren 2013 bis 2015 mehrere Anschläge in Kabardino-Balkarien verübt haben soll.

Indien

Tote bei Angriff auf Polizeiwache

Bei einem Angriff auf eine Polizeiwache im Norden Indiens nahe der Grenze zu Pakistan sind am 27.07.15 mindestens fünf Menschen getötet worden. Die bewaffneten Angreifer erschossen in der Stadt Gurdaspur im Norden des Bundesstaates Punjab zwei Polizeibeamte und drei Zivilisten, wie die Polizei mitteilte. Aus dem Innenministerium hieß es, die Sicherheitsvorkehrungen an der Grenze zu Pakistan seien verstärkt worden. Wer hinter dem Angriff steckt, ist noch unklar.

Während es in der Grenzregion Kaschmir häufiger zu Angriffen auf Polizeiwachen kommt, sind sie im benachbarten Punjab selten.